

POSTULAT von Marc Bourgeois (FDP, Zürich), Alex Gantner (FDP, Maur) und Barbara Franzen (FDP, Niederweningen)

betreffend Bau und Koordination von nichtgebäudegebundenen Photovoltaikanlagen entlang von Nationalstrassen

Der Regierungsrat wird gebeten zu prüfen, wie die Infrastruktur entlang und der Raum um die Nationalstrassen im Kanton Zürich gestützt auf dem neuen Art. 29 Abs. 2bis lit. b. der Nationalstrassenverordnung zeitnah zur Energiegewinnung mittels nichtgebäudegebundener Photovoltaikanlagen genutzt werden kann. Wir denken insbesondere an Böschungen, Lärmschutzwände, Überdachungen, Einhausungen und Raststätten.

Im Übrigen wird er gebeten zu prüfen, wer diese Anlagen rasch erstellen und betreiben kann, welche Rolle dem Kanton idealerweise zufallen sollte und wie eine allenfalls erforderliche (Teil-) Finanzierung optimalerweise erfolgen könnte, sofern ein alleiniges Tragen der Kosten durch den Betreiber unrealistisch ist. Wir denken etwa an einen eigenen, befristeten Rahmenkredit oder an Subventionen auf Basis von Energiegesetz § 16. Ebenso sind allenfalls zu schaffende planungsrechtliche Voraussetzungen aufzuzeigen.

Begründung:

Die Notwendigkeit des raschen Ausbaus von Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien bedarf keiner weiteren Erläuterung. Dafür bieten sich auch nichtgebäudegebundene Anlagen an. Vielen nichtgebäudegebundene Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien stehen jedoch im Konflikt mit dem Landschaftsschutz oder weiteren Aspekten des Umweltschutzes, was zu Einsprachen und langwierigen Verfahren führt. Entlang von Verkehrsträgern, wo bereits ohnehin schon erhebliche Eingriffe in die Umwelt bestehen, stellt sich dieses Problem nur in reduziertem Ausmass. Auch deshalb hat der Bundesrat eine Solar-Offensive entlang der Nationalstrassen lanciert.

Seit dem 1. Oktober 2022 stellt der Bund Nutzungen durch Dritte für den Bau und Betrieb von Bauten und Anlagen zur Nutzung von erneuerbarer Energie unentgeltlich zur Verfügung (Art. 29 Abs. 2bis lit. b. Nationalstrassenverordnung). Das Astra wird voraussichtlich Ende Jahr ein Bewerbungsverfahren durchführen, bei dem Flächen für Solaranlagen reserviert werden können. Das Potenzial von Photovoltaik entlang der Nationalstrassen beläuft sich auf 55 Gigawattstunden pro Jahr.

Aber auch Staatsstrassen bieten sich teilweise zur Stromerzeugung an, zumal durch solche Anlagen keine weiteren Eingriffe in die Landschaft erfolgen müssen. Deshalb ist zu prüfen, wie hoch im Kanton Zürich das Potential für Photovoltaikanlagen an den Staatsstrassen ist (die Infras-Studie von 2021 beziffert das Potential mit 1250 GWh, wobei ein markanter Teil auch auf Parkplätze entfällt), wo diese Potentiale liegen, wie sie ausgeschöpft werden könnten und ob der Kanton dafür ähnliche Möglichkeiten wie der Bund oder andere Realisierungsmodelle anbieten soll.

Marc Bourgeois
Alex Gantner
Barbara Franzen